POLITIK 08.11.2022

BDC in Rheinland-Pfalz unterstützt KV-Forderung nach Inflationsausgleich



In einer Pressemitteilung fordern heute (8.11.2022) die KV Rheinland-Pfalz und 30 ärztliche Berufsverbände – darunter auch der BDC-Landesverband Rheinland-Pfalz – einen Inflationsausgleich für niedergelassene Vertragsarzt- und Vertragspsychotherapeutenpraxen.

Die Verbände warnen vor einer akuten Gefahr für die ambulante Patientenversorgung in Form von Praxisschließungen, langen Wartezeiten und zunehmenden Versorgungslücken. Anlass seien "neben falschen politischen Weichenstellungen die hohe Inflation und die damit verbundenen massiven Kostensteigerungen." Mit den falschen politischen Entscheidungen ist zum Beispiel die Abschaffung der Neupatientenregelung gemeint. All dies gefährde immer mehr vertragsärztliche und vertragspsychotherapeutische Praxen in ihrer Existenz.

KV und Berufsverbände verweisen zudem darauf, dass bislang viele Praxen trotz hohem Alter durch die Inhaber weiterbetrieben worden seien. Nun sei aber zu erwarten, dass nicht wenige wegen der aktuellen Probleme ihre Praxistätigkeit nun aufgeben werden. Gerade im ländlichen Raum werde dies die ohnehin angespannte Versorgungslage weiter verschärfen.

Verfasserin und Unterzeichner der Pressemitteilung fordern die Verantwortlichen nachdrücklich dazu auf, jetzt schnell einen finanziellen Ausgleich für vertragsärztliche und vertragspsychotherapeutische Praxen zu schaffen.

In einem nächsten Schritt möchte sich die KV in einem offenen Brief an die Landesregierung wenden. Darin will sie die Landesregierung dazu auffordern, geeignete Maßnahmen zu treffen, um die drohende Gefährdung der ambulanten Patientenversorgung abzuwenden.